



## **Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen – HT.5115**

### **SCHULUNG EINZELSTAATLICHER RICHTER IM EU-WETTBEWERBSRECHT**

#### **1. Einleitung**

Am 17. Oktober 2013 verabschiedeten das Europäische Parlament und der Rat die Verordnung (EU) Nr. 1382/2013<sup>1</sup> zur Einrichtung des Programms „Justiz“ für den Zeitraum 2014 bis 2020. Eines der spezifischen Ziele des Programms besteht darin, die juristische Ausbildung, einschließlich der Schulung in fremdsprachlicher Rechtsterminologie, im Interesse der Entstehung einer gemeinsamen Rechts- und Justizkultur zu fördern.

Am 13. März 2017 erließ die Europäische Kommission den Durchführungsbeschluss zur Annahme des Arbeitsprogramms 2017 und zur Finanzierung der Durchführung des Programms „Justiz“<sup>2</sup>, der die Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Förderung nationaler oder transnationaler Projekte zur juristischen Ausbildung im Wettbewerbsrecht vorsieht. Somit können Finanzhilfen zur Unterstützung und Förderung der juristischen Ausbildung, einschließlich der Schulung in fremdsprachlicher Rechtsterminologie, im Interesse der Entstehung einer gemeinsamen Rechts- und Justizkultur im Bereich des Wettbewerbsrechts gewährt werden.

Die Maßnahmen, die zur Schulung einzelstaatlicher Richter und zur Förderung der justiziellen Zusammenarbeit geplant sind, werden im Folgenden „Projekte“ genannt.

Einrichtungen, die Vorschläge unterbreiten, werden nachstehend als „Antragsteller“ bezeichnet. Erfolgreiche Antragsteller, denen eine Finanzhilfe gewährt wurde, werden „Begünstigte“ genannt.

#### **2. Ziele**

Ziel dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ist die Kofinanzierung von Projekten zur Schulung einzelstaatlicher Richter im Rahmen der Durchsetzung des europäischen Wettbewerbsrechts. Dies umfasst die öffentliche und private Durchsetzung der kartellrechtlichen und der beihilferechtlichen Vorschriften. Letzten Endes soll eine kohärente und konsequente

---

<sup>1</sup> Verordnung (EU) Nr. 1382/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 zur Einrichtung des Programms „Justiz“ für den Zeitraum 2014 bis 2020 (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 73).

<sup>2</sup> C(2017)1544 final, DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION vom 13.3.2017 zur Annahme des Arbeitsprogramms 2017 und zur Finanzierung der Durchführung des Programms „Justiz“.

Anwendung des EU-Wettbewerbsrecht durch die einzelstaatlichen Gerichte gewährleistet werden.

Diese Ziele lassen sich am besten durch Projekte erreichen, bei denen die Rolle der einzelstaatlichen Richter bei der Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts, ihre besonderen Bedürfnisse, ihr besonderes Arbeitsumfeld sowie der vorhandene Ausbildungs- und Kenntnisstand im Mittelpunkt stehen.

## **2.1 Gegenstand und erwartete Ergebnisse**

Die Projekte müssen den genannten Zielen dienen und einen eindeutig nachgewiesenen Mehrwert auf EU-Ebene haben. Beurteilt wird der europäische Mehrwert von Maßnahmen, einschließlich kleinerer und nationaler Maßnahmen, anhand einer Reihe von Kriterien, z. B. Beitrag zu einer konsequenten und kohärenten Umsetzung des Unionsrechts und zu einer Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit für die Rechte, die sich aus dem Unionsrecht ergeben, ihr Potenzial zur Entwicklung von gegenseitigem Vertrauen unter den Mitgliedstaaten und zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, ihre transnationalen Auswirkungen, ihr Beitrag zur Erarbeitung und Verbreitung bewährter Verfahren oder ihr Potenzial zur Schaffung von praktischen Instrumenten und Lösungen für die Bewältigung grenzüberschreitender oder unionsweiter Herausforderungen.

Der Inhalt der Projekte muss auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten sein. Im Rahmen der Projekte muss der Einsatz praxisorientierter und/oder innovativer Lernmethoden (unter anderem Fallstudien, integriertes Lernen und Simulationen) vorgesehen sein. Die Ergebnisse der Projekte müssen eine breite Langzeitwirkung haben.

## **2.2 Zielgruppe**

Zielgruppe sind einzelstaatliche Richter, die Wettbewerbssachen im Sinne des Abschnitts 2 „Ziele“ auf nationaler Ebene behandeln. Zu ihr zählen auch Staatsanwälte, angehende einzelstaatliche Richter und Bedienstete, die in den in Betracht kommenden Ländern<sup>3</sup> für Richter oder einzelstaatliche Gerichte tätig sind.

Die oben festgelegte Zielgruppe wird im Folgenden zusammenfassend „einzelstaatliche Richter“ genannt.

Richter aus anderen als den in Betracht kommenden Ländern und Personen, die keine einzelstaatlichen Richter sind, können ebenfalls an den Projekten teilnehmen, sofern sich die Zielgruppe zu einem erheblichen Teil aus einzelstaatlichen Richtern zusammensetzt. Die sich aus ihrer Teilnahme ergebenden Kosten gehören jedoch nicht zu den förderfähigen Kosten.

---

<sup>3</sup> In dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wird der Begriff „in Betracht kommende Länder“ für die EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Dänemarks und des Vereinigten Königreichs sowie für den EU-Beitrittskandidaten Albanien verwendet. Wie in den Erwägungsgründen 34 und 35 der Verordnung (EU) Nr. 1382/2013 dargelegt, haben sich Dänemark und das Vereinigte Königreich nicht an der Annahme der genannten Verordnung beteiligt und sind somit weder durch die Verordnung gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet. Seit dem 7.3.2017 zählt Albanien im Rahmen des Programms „Justiz“ zu den in Betracht kommenden Ländern. Sollten vor Ablauf der Frist für die Einreichung von Vorschlägen weitere Länder (EWR-Länder, Kandidatenländer) dem Programm beitreten, wird auf der Website der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen eine Mitteilung veröffentlicht, die die Antragsteller darüber informiert, dass Organisationen dieser Länder als Antragsteller oder Partner teilnehmen können.

### 3. Zeitplan und Mittelausstattung

	Phasen	Vorgesehener Zeitplan
a)	Veröffentlichung der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen	6.2.2018
b)	Ende der Frist für die Einreichung von Anträgen	16.4.2018
c)	Bewertung	April – Juli 2018
d)	Benachrichtigung der Antragsteller	August 2018
e)	Überprüfung der Finanzpläne	September – Oktober 2018
f)	Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung und Beginn der Maßnahme	November – Dezember 2018
g)	Informationstag in Brüssel für die erfolgreichen Antragsteller	November – Dezember 2018

Für die Kofinanzierung der Projekte, die auf diese Aufforderung hin eingereicht werden, sind insgesamt 800 000 EUR vorgesehen.

Der **Höchstbetrag** für Finanzhilfen beläuft sich auf **400 000 EUR**, der **Mindestbetrag** auf **50 000 EUR**.

Die Kommission behält sich das Recht vor, die verfügbaren Mittel nicht in voller Höhe zu vergeben.

### 4. Gegenstand der Projekte

Die Projekte müssen auf der Grundlage eines vorab ermittelten Schulungsbedarfs auf einzelstaatliche Richter zugeschnitten sein.

Es sollte eine aktive Teilnahme der einzelstaatlichen Richter an den Schulungsmaßnahmen gewährleistet sein; reine Vorträge sind zu vermeiden.

Die partizipativen Schulungen für einzelstaatliche Richter müssen in einer ungestörten Umgebung stattfinden, damit die Teilnehmer ohne Beobachtung oder Interferenzen von außen frei ihre Ansichten und Erfahrungen austauschen und voneinander lernen können. Daher sollten sich die Projekte möglichst ausschließlich an einzelstaatliche Richter richten.

#### 4.1. **Es werden zwei Bereiche, sechs Prioritäten und drei Präferenzen vorgeschlagen.**

Projekte können sich auf mehr als einen Bereich beziehen; in diesem Fall muss jedoch klar angegeben werden, welcher der **Hauptbereich** und welcher der **Nebenbereich** ist.

Innerhalb eines Bereichs müssen die Antragsteller genau angeben, **welche der nachstehend aufgeführten Prioritäten** Gegenstand ihres Vorschlags sind. Die Projekte sollten mindestens eine der Prioritäten abdecken, können aber mehr als eine Priorität abdecken.

Schließlich wird Projekten, **die den weiter unten aufgeführten Präferenzen Rechnung tragen**, der Vorzug gegeben.

<b>Bereich 1: Verbesserung von Kenntnis, Anwendung und Auslegung des EU-Wettbewerbsrechts</b>
---

Bei den Projekten muss es sich um Schulungsmaßnahmen wie Konferenzen, Seminare, Workshops, Kolloquien usw. sowie Kurzlehrgänge oder längere Schulungen zum EU-Wettbewerbsrecht handeln. Projekte in diesem prioritären Bereich sollten vorrangig auf fortgeschrittene/vertiefende Schulungen für einzelstaatliche Richter ausgelegt sein. Die Schulungen sollten praxisorientiert sein, Fallstudien enthalten, sich auf die einschlägigen Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union beziehen und eine Analyse der einschlägigen EU-Rechtsprechung umfassen.

In diesem Bereich konzentriert sich die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen auf folgende Prioritäten:

**Priorität 1:** Schulung im Bereich der Anwendung der **Artikel 101 und 102 AEUV** und der einschlägigen sekundärrechtlichen Vorschriften, z. B. der Gruppenfreistellungsverordnungen.

Die Antragsteller werden gebeten, mindestens drei der sechs nachstehend aufgeführten Themen auszuwählen:

- a) Anwendungsbereich des Artikels 101 (Begriff des Unternehmens, Begriff der Vereinbarung und der aufeinander abgestimmten Verhaltensweise;
- b) bezweckte und bewirkte Wettbewerbsbeschränkungen nach Artikel 101;
- c) Begriff der Marktbeherrschung im Sinne des Artikels 102 AEUV;
- d) Behinderungs- und Ausbeutungsmissbrauch (insbesondere überhöhte Preise) im Sinne des Artikels 102;
- e) Begriff der Auswirkungen auf den Handel zwischen Mitgliedstaaten;
- f) die Gruppenfreistellungen für vertikale Vereinbarungen<sup>4</sup>, Produktions- und Spezialisierungsvereinbarungen<sup>5</sup>, FuE-Vereinbarungen<sup>6</sup> und Technologietransfer-Vereinbarungen<sup>7</sup>, einschließlich der einschlägigen Leitlinien.

---

<sup>4</sup> Verordnung (EU) Nr. 330/2010 der Kommission vom 20. April 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen.

<sup>5</sup> Verordnung (EG) Nr. 1218/2010 der Kommission vom 14. Dezember 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen.

**Priorität 2:** Schulungsmaßnahmen, die auf nationale Rechtsvorschriften zur Umsetzung der **Richtlinie 2014/104/EU über kartellrechtliche Schadensersatzklagen**<sup>8</sup> ausgerichtet sind. Die Richter sollen durch die Projekte in die Lage versetzt werden, die neuen Regeln in ordnungsgemäßer und kohärenter Weise anzuwenden.

Die Antragsteller werden gebeten, mindestens zwei der fünf nachstehend aufgeführten Themen auszuwählen:

- a) Offenlegung von Beweismitteln in Verfahren über Schadensersatzklagen;
- b) Abwälzung von Preisaufschlägen und die Wechselwirkung zwischen Schadensersatzklagen, die dieselbe Zuwiderhandlung betreffen, aber von Geschädigten auf verschiedenen Vertriebsstufen erhoben wurden;
- c) Ermittlung des Umfangs des kartellrechtlichen Schadens im Rahmen von Schadensersatzklagen, darunter auch die Anwendung der im Praktischen Leitfaden der Kommission zur Ermittlung des Schadensumfangs bei Schadensersatzklagen<sup>9</sup> genannten Methoden;
- d) Interaktion zwischen der öffentlichen und privaten Durchsetzung des Wettbewerbsrechts, wobei sowohl auf die positive Interaktion (inwiefern die Durchsetzungsmaßnahmen der Wettbewerbsbehörden den Klägern zugutekommen können) als auch auf Maßnahmen zur Vermeidung negativer Interaktionen (z. B. Beschränkungen für die Offenlegung von Beweismitteln und für die gesamtschuldnerische Haftung) eingegangen werden sollte;
- e) Case Management und bewährte Verfahrensweisen im Umgang mit Fragen der Zuständigkeit und des anwendbaren Rechts sowie im Umgang mit parallelen oder Folgeverfahren in anderen Mitgliedstaaten.

**Priorität 3:** Schulungsmaßnahmen, die auf die **wirtschaftlichen Grundsätze des Wettbewerbsrechts** ausgerichtet sind.

Die Antragsteller werden gebeten, mindestens ein Thema auszuwählen:

- a) wirtschaftliche Grundsätze (z. B. Angebot und Nachfrage, Kostenanalyse, Substituierbarkeit und strategische Interaktionen in verschiedenen Wettbewerbsumfeldern, Marktdefinitionen, horizontal und vertikal verbundene Märkte, Marktmacht) und einschlägige wirtschaftliche Überlegungen;

---

<sup>6</sup> Verordnung (EU) Nr. 1217/2010 der Kommission vom 14. Dezember 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung.

<sup>7</sup> Verordnung (EU) Nr. 316/2014 der Kommission vom 21. März 2014 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von Technologietransfer-Vereinbarungen.

<sup>8</sup> Richtlinie 2014/104/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union (ABl. L 349 vom 5.12.2014, S. 1), zu finden unter: [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L\\_.2014.349.01.0001.01.DEU](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.349.01.0001.01.DEU).

<sup>9</sup> [http://ec.europa.eu/competition/antitrust/actionsdamages/quantification\\_guide\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/competition/antitrust/actionsdamages/quantification_guide_de.pdf)

- b) Würdigung wirtschaftlicher Beweismittel/Studien in Gerichtsverfahren und ihre verfahrensrechtliche Behandlung, einschließlich einer Überprüfung der derzeit verwendeten (qualitativen und quantitativen) Würdigungsverfahren, wobei auf deren Vorteile und Grenzen sowie auf die Bedeutung von Kohärenz, Solidität und Duplizierbarkeit der Ergebnisse eingegangen werden sollte.

**Priorität 4:** Schulungsmaßnahmen, die auf die Anwendung des Wettbewerbsrechts in **regulierten Wirtschaftszweigen** (z. B. Energie, Telekommunikation oder Pharmasektor) ausgerichtet sind.

Die Antragsteller werden gebeten, mindestens ein Thema auszuwählen:

- a) Anwendungsbereich des Wettbewerbsrechts in regulierten Wirtschaftszweigen;
- b) Anwendung der Begriffe des Unternehmens und der Unternehmensvereinigung auf öffentliche Einrichtungen (d. h. öffentliche Einrichtungen als Unternehmen / öffentliche Einrichtungen als Aufsichtsbehörden).

**Priorität 5:** Angesichts der Modernisierung des Beihilferechts und der neuen Rolle der einzelstaatlichen Gerichte bei seiner Durchsetzung sind Schulungsmaßnahmen mit dem Schwerpunkt **staatliche Beihilfen** ebenfalls zu empfehlen.

Die Antragsteller werden gebeten, mindestens zwei der vier nachstehend aufgeführten Themen auszuwählen:

- a) Begriff der Beihilfe<sup>10</sup> (einschließlich der Finanzierungsweise der Beihilfe über steuerähnliche Abgaben und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse<sup>11</sup>);
- b) die im Rahmen der Modernisierung des Beihilferechts erlassenen Verordnungen, d. h. vor allem die De-minimis-Verordnung<sup>12</sup> und die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung<sup>13</sup>;

---

<sup>10</sup> Bekanntmachung der Kommission zum Begriff der staatlichen Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. C 262 vom 19.7.2016, S. 1).

<sup>11</sup> Der Rechtsrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse umfasst folgende Instrumente: Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (ABl. C 8 vom 11.1.2012, S. 4); Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (ABl. L 7 vom 11.1.2012, S. 3); Mitteilung der Kommission – Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (ABl. C 8 vom 11.1.2012, S. 15); Verordnung der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L 114 vom 26.4.2012, S. 8).

<sup>12</sup> Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1).

<sup>13</sup> Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1).

- c) die Rolle der einzelstaatlichen Gerichte<sup>14</sup> bei der Durchsetzung des Beihilferechts (auf der Grundlage der Bekanntmachung der Kommission über die Durchsetzung des Beihilferechts durch die einzelstaatlichen Gerichte und der Rückforderungsbekanntmachung<sup>15</sup>);
- d) vor Gericht gestellte Anträge auf einstweilige Maßnahmen und deren Bedeutung in Verfahren vor den EU-Gerichten.

## **BEREICH 2: Fachterminologie-Schulungen**

Die Verbesserung der Rechtssprache kann im Mittelpunkt eines Schulungsprogramms stehen.

**Priorität 6:** Gegenstand der Projekte müssen Schulungsmaßnahmen im Bereich der Rechtssprache sein, in deren Rahmen die mit der Anwendung des Wettbewerbsrechts verbundene Fachterminologie vermittelt wird. Das Hauptziel der Projekte muss die Überwindung der geografischen/sprachlichen Barrieren im Interesse eines gemeinsamen europäischen Rechtsraums sein.

### Aufteilung der Finanzhilfe auf die einzelnen Prioritäten und Punktevergabe

Siehe die mit dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlichten Leitlinien zu den Vergabekriterien (Award Criteria Guidance HT.5115).

#### **4.2 Vorrang** wird Projekten eingeräumt, die:

- aufeinander aufbauende Schulungen mit abgestuften Lehrinhalten vorsehen;
- nicht einfach bestehendes/geplantes Schulungsmaterial bzw. bestehende/künftige Projekte duplizieren/sich mit diesen überschneiden, sondern diese ergänzen oder innovativ sind;
- Richter aus verschiedenen Mitgliedstaaten zu einer Schulung zusammenführen und somit die Vernetzung fördern.

#### **5. Zulässigkeitsvoraussetzungen**

Die Anträge müssen vor Ablauf der in Abschnitt 3 genannten Einreichungsfrist übermittelt werden.

---

Verordnung (EU) 2017/1084 der Kommission vom 14. Juni 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 in Bezug auf Beihilfen für Hafen- und Flughafeninfrastrukturen, in Bezug auf Anmeldeschwellen für Beihilfen für Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes und für Beihilfen für Sportinfrastrukturen und multifunktionale Freizeitinfrastrukturen sowie in Bezug auf regionale Betriebsbeihilferegelungen für Gebiete in äußerster Randlage und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 in Bezug auf die Berechnung der beihilfefähigen Kosten (ABl L 156 vom 20.6.2017, S. 1).

<sup>14</sup> Bekanntmachung der Kommission über die Durchsetzung des Beihilferechts durch die einzelstaatlichen Gerichte (ABl. C 85 vom 9.4.2009, S. 1).

<sup>15</sup> Rechtswidrige und mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbare staatliche Beihilfen: Gewährleistung der Umsetzung von Rückforderungsentscheidungen der Kommission in den Mitgliedstaaten (ABl. C 272 vom 15.11.2007, S. 4).

Die Anträge müssen unter Verwendung des unter [http://ec.europa.eu/competition/calls/proposals\\_open.html](http://ec.europa.eu/competition/calls/proposals_open.html) abrufbaren Antragsformulars und seiner Anlagen schriftlich eingereicht und per Post zugestellt werden (siehe Abschnitt 8). Anträge, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden abgelehnt.

## 6. Förder-, Ausschluss-, Auswahl- und Vergabekriterien

### 6.1 Förderkriterien

Die Projekte müssen

- a) von Behörden oder öffentlichen oder privaten Einrichtungen mit Sitz in einem der in Betracht kommenden Länder oder von einer internationalen Organisation eingereicht werden. Einrichtungen aus Drittländern können als Partner teilnehmen, aber ihre Kosten können nicht als förderfähig angesehen werden. Zudem sind sie nicht berechtigt, selbst Projektvorschläge einzureichen oder als Mit Antragsteller (Mitbegünstigte) aufzutreten. Organisationen mit Erwerbszweck müssen ihre Anträge in Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen oder privaten Organisationen ohne Erwerbszweck einreichen. Die unter Artikel 208 der Haushaltsordnung<sup>16</sup> fallenden Einrichtungen der Europäischen Union sind nicht berechtigt, eine Finanzhilfe zu beantragen, können sich aber einem Antrag anschließen. Ihre Kosten dürfen jedoch nicht mit der Finanzhilfe kofinanziert werden;
- b) die in Abschnitt 2.2 festgelegte Zielgruppe ansprechen;
- c) eine EU-Finanzhilfe anstreben, die nicht weniger als 50 000 EUR und nicht mehr als 400 000 EUR betragen darf;
- d) neu sein, d. h. die Projekte dürfen nicht vor Einreichung des Antrags auf Finanzhilfe abgeschlossen oder begonnen worden sein.

### 6.2 Ausschlusskriterien

#### 6.2.1 Ausschluss von der Teilnahme<sup>17</sup>

Antragsteller, die sich in einer der folgenden Situationen befinden, dürfen nicht an dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen teilnehmen:

- (a) Der Antragsteller ist zahlungsunfähig oder befindet sich in einem Insolvenzverfahren oder in Liquidation, seine Vermögenswerte werden von einem Insolvenzverwalter oder Gericht

---

<sup>16</sup> Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates in der geänderten Fassung.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:298:0001:0096:DE:PDF> and <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TEXT/PDF/?uri=OJ:L:2015:286:FULL&from=FR>

Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union in der geänderten Fassung. <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TEXT/PDF/?uri=CELEX:32012R1268&from=EN> und [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TEXT/PDF/?uri=OJ:JOL\\_2015\\_342\\_R\\_0002&from=EN](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TEXT/PDF/?uri=OJ:JOL_2015_342_R_0002&from=EN)

<sup>17</sup> Artikel 106 Absatz 1 der Haushaltsordnung.



verwaltet, er befindet sich in einem Vergleichsverfahren, seine gewerbliche Tätigkeit wurde eingestellt, oder er befindet sich aufgrund eines in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer vergleichbaren Lage;

- (b) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine endgültige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass der Antragsteller seinen Verpflichtungen zur Entrichtung seiner Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge gemäß dem Recht des Landes seiner Niederlassung, des Landes des öffentlichen Auftraggebers oder des Landes der Auftragsausführung nicht nachgekommen ist;
- (c) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine endgültige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass der Antragsteller im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat aufgrund eines Verstoßes gegen geltende Gesetze, Bestimmungen oder ethische Normen seines Berufsstandes oder aufgrund jeglicher Form rechtswidrigen Handelns, das sich auf seine berufliche Glaubwürdigkeit auswirkt, wenn es vorsätzlich oder grob fahrlässig erfolgt, dazu zählen insbesondere folgende Verhaltensweisen:
  - (i) falsche Erklärungen, die im Zuge der Mitteilung der erforderlichen Auskünfte zur Überprüfung des Fehlens von Ausschlussgründen oder der Einhaltung der Auswahlkriterien bzw. bei der Ausführung des Auftrags bzw. der Finanzhilfevereinbarung in betrügerischer Absicht oder durch Fahrlässigkeit abgegeben wurden;
  - (ii) Absprachen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern mit dem Ziel einer Wettbewerbsverzerrung;
  - (iii) Verstoß gegen Rechte des geistigen Eigentums;
  - (iv) Versuch der Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers während der Auftragsvergabeverfahrens / des Verfahrens für die Vergabe der Finanzhilfe;
  - (v) Versuch, vertrauliche Informationen über das Verfahren zu erhalten, durch die unzulässige Vorteile beim Auftragsvergabeverfahren/Verfahren für die Vergabe der Finanzhilfe erlangt werden könnten;
- (d) durch eine rechtskräftige Gerichtsentscheidung wurde festgestellt, dass der Antragsteller sich einer der folgenden Straftaten schuldig gemacht hat:
  - (i) Betrug im Sinne von Artikel 1 des mit dem [Rechtsakt des Rates vom 26. Juli 1995](#) ausgearbeiteten Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften;
  - (ii) Bestechung im Sinne von Artikel 3 des mit dem [Rechtsakts des Rates vom 26. Mai 1997](#) ausgearbeiteten Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, und von Artikel 2 Absatz 1 des [Rahmenbeschlusses 2003/568/JI des Rates](#) sowie Bestechung im Sinne des Rechts des Landes des öffentlichen Auftraggebers, des Landes der Niederlassung des Wirtschaftsteilnehmers oder des Landes der Auftragsausführung;

- (iii) Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung im Sinne von Artikel 2 des [Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates](#);
  - (iv) Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung im Sinne von Artikel 1 der [Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates](#);
  - (v) Straftaten mit terroristischem Hintergrund oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten im Sinne von Artikel 1 beziehungsweise Artikel 3 des [Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates](#) oder Anstiftung zur, Beihilfe bei und Versuch der Begehung solcher Straftaten im Sinne von Artikel 4 des genannten Beschlusses;
  - (vi) Kinderarbeit oder andere Formen des Menschenhandels im Sinne von Artikel 2 der [Richtlinie 2011/36/EU](#) des Europäischen Parlaments und des Rates;
- (e) der Antragsteller hat bei der Ausführung eines aus dem Haushalt finanzierten Auftrags/einer aus dem Haushalt finanzierten Finanzhilfevereinbarung erhebliche Mängel bei der Erfüllung der Hauptaufgaben erkennen lassen, die eine vorzeitige Beendigung des Auftrags/der Finanzhilfevereinbarung, die Anwendung von pauschaliertem Schadensersatz oder anderen Formen von Vertragsstrafen nach sich gezogen haben oder die durch Überprüfungen, Rechnungsprüfungen oder Ermittlungen eines Anweisungsbefugten, des OLAF oder des Rechnungshofs aufgedeckt wurden;
- (f) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine endgültige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass der Antragsteller eine Unregelmäßigkeit im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 der [Verordnung \(EG, Euratom\) Nr. 2988/95 des Rates](#) begangen hat.

#### 6.2.2 Ausschluss von der Gewährung einer Finanzhilfe<sup>18</sup>

Keine finanzielle Unterstützung wird Antragstellern gewährt, die während des Verfahrens für die Vergabe der Finanzhilfe:

- a) in einer Ausschlusssituation nach Artikel 106 der Haushaltsordnung sind;
- b) in Bezug auf für die Teilnahme an dem Verfahren erforderliche Auskünfte falsche Erklärungen abgegeben oder keine Auskünfte erteilt haben;
- c) zuvor an der Erstellung von Auftragsunterlagen mitgewirkt haben, sodass eine Wettbewerbsverzerrung entsteht, die auf andere Weise nicht behoben werden kann.

Die Antragsteller müssen eine ehrenwörtliche Erklärung unterzeichnen, in der sie versichern, sich nicht in einer der in den Artikeln 106 Absatz 1 und 107 der Haushaltsordnung genannten Situationen zu befinden. Die ehrenwörtliche Erklärung ist auf unserer Website abrufbar ([http://ec.europa.eu/competition/calls/proposals\\_open.html](http://ec.europa.eu/competition/calls/proposals_open.html)).

### 6.3 Auswahlkriterien

---

<sup>18</sup> Artikel 107 der Haushaltsordnung.

Die Vorschläge, die die Förderkriterien erfüllen und nicht unter die Ausschlusskriterien fallen, werden nach ihrer finanziellen und operativen Leistungsfähigkeit bewertet.

#### 6.3.1 Finanzielle Leistungsfähigkeit<sup>19</sup>

Die Antragsteller müssen über stabile und ausreichende Finanzierungsquellen verfügen, damit sie ihre Tätigkeit während der Laufzeit des Projekts aufrechterhalten können, und sie müssen sich an der Projektfinanzierung beteiligen. Die finanzielle Leistungsfähigkeit wird anhand der folgenden Belege bewertet, die zusammen mit dem Antrag einzureichen sind:

- a) im Falle von Finanzhilfen in geringer Höhe ( $\leq 60\,000$  EUR): eine ehrenwörtliche Erklärung.
- b) im Falle von Finanzhilfen  $> 60\,000$  EUR: eine ehrenwörtliche Erklärung und

ENTWEDER

die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz des letzten abgeschlossenen Rechnungsjahres

ODER

bei neugegründeten Rechtspersonen – der Geschäftsplan.

Ist die Europäische Kommission der Auffassung, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit durch diese Unterlagen nicht zufriedenstellend nachgewiesen ist, so kann sie

- weitere Informationen verlangen;
- eine Finanzhilfevereinbarung ohne Vorfinanzierung vorschlagen;
- eine Finanzhilfevereinbarung mit einer Vorfinanzierung in Tranchen vorschlagen;
- eine Finanzhilfevereinbarung mit einer durch eine Bankgarantie gesicherten Vorfinanzierung vorschlagen<sup>20</sup>;
- den Antrag ablehnen.

Die Feststellung der finanziellen Leistungsfähigkeit entfällt bei öffentlichen Einrichtungen und internationalen Organisationen.

#### 6.3.2 Operative Leistungsfähigkeit<sup>21</sup>

Die Antragsteller müssen über die erforderlichen Fachkenntnisse und beruflichen Qualifikationen verfügen, damit sie das Projekt oder Arbeitsprogramm vollständig durchführen können. Die Antragsteller müssen eine ehrenwörtliche Erklärung oder die folgenden Belege einreichen:

- gegebenenfalls die Tätigkeitsberichte der Einrichtung,

---

<sup>19</sup> Artikel 131 Absatz 3 und Artikel 132 Absatz 1 der Haushaltsordnung sowie Artikel 202 der Anwendungsbestimmungen.

<sup>20</sup> Artikel 134 der Haushaltsordnung und Artikel 206 der Anwendungsbestimmungen.

<sup>21</sup> Artikel 131 Absatz 3 und Artikel 132 Absatz 1 der Haushaltsordnung sowie Artikel 202 der Anwendungsbestimmungen.

- eine Kurzbeschreibung der vorhandenen Fachkenntnisse/Ressourcen, die bei der Durchführung des Projekts zum Einsatz kommen sollen, **und/oder** die Lebensläufe der Mitarbeiter, die für die Verwaltung und Durchführung der Maßnahmen in erster Linie verantwortlich sind;
- eine vollständige Liste in der Vergangenheit durchgeführter Projekte und Maßnahmen, die mit dem Politikfeld einer bestimmten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen oder mit den durchzuführenden Maßnahmen in Zusammenhang stehen;
- eine Aufstellung der für das Projekt bereitgestellten natürlichen oder wirtschaftlichen Ressourcen.

#### **6.4 Vergabekriterien**

Bewertet werden nur die Vorschläge, die die genannten Auswahlkriterien erfüllen. Durch die Vergabekriterien soll gewährleistet werden, dass qualitativ hochwertige Projekte ausgewählt werden, mit denen die Ziele und Prioritäten dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen soweit wie möglich kosteneffizient verwirklicht werden. Es ist darauf zu achten, dass Synergien mit anderen Instrumenten und Programmen der EU angestrebt, Überschneidungen und Doppelarbeit dagegen vermieden werden.

Alle Projekte werden anhand der folgenden Kriterien bewertet:

- 1) **Relevanz in Bezug auf die in der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen genannten Ziele, Prioritäten und Präferenzen (bis zu 30 Punkte)**
  - a) Inwieweit entspricht der Vorschlag den Zielen der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, den vorgeschlagenen relevanten Bereichen, den Prioritäten und den Präferenzen in Abschnitt 4? (bis zu 10 Punkte)
  - b) Relevanz der behandelten Themen in Bezug auf die geografische Reichweite des Projekts und die Komplementarität mit anderen Maßnahmen auf nationaler/europäischer Ebene, Bezugnahme auf eine zuverlässige Bedarfsbewertung (bis zu 10 Punkte)
  - c) Inwieweit ist der Vorschlag auf die Erzielung eines europäischen Mehrwerts ausgerichtet, wie in Abschnitt 2.1 verlangt? (bis zu 10 Punkte)
- 2) **Qualität des Projekts hinsichtlich Konzeption, Präsentation, Organisation und Durchführung (bis zu 30 Punkte)**
  - a) Kann mit der Methode (Ansatz, Details und Besonderheiten der vorgeschlagenen Maßnahmen, Eignung der Maßnahmen für die Zielgruppe, Qualität der Referenten, Monitoringsysteme usw.) und dem Zeitplan das gewünschte Projektergebnis erzielt werden? (bis zu 15 Punkte)
  - b) Verfügt das Projekt über geeignete Mittel (z. B. im Hinblick auf Netzwerke, Partnerschaft mit einschlägigen Einrichtungen, Marketingstrategie und Leistungsfähigkeit), um die Zielgruppe mit Erfolg zu erreichen? (bis zu 15 Punkte)

3) **Geografische Reichweite des Projekts, erwartete Ergebnisse, Verbreitung und Nachhaltigkeit (bis zu 20 Punkte)**

- a) Wie groß sind die geografischen Auswirkungen im Hinblick auf die erwarteten Ergebnisse des Projekts in Bezug auf Partner, Teilnehmer und Zielgruppe? (bis zu 10 Punkte)
- b) Sind die erwarteten Ergebnisse erreichbar und relevant? Ist es wahrscheinlich, dass die Ergebnisse eine nachhaltige Wirkung haben? (bis zu 10 Punkte)

4) **Kostenwirksamkeit (bis zu 20 Punkte)**

- a) Ist der vorläufige Finanzplan angesichts der erwarteten Ergebnisse und im Hinblick auf die Kosten pro Schulungstag für einen Richter angemessen? (bis zu 10 Punkte)
- b) Besteht bei den einzelnen Rubriken des Finanzplans zugewiesenen Kosten ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein angemessenes Verhältnis zwischen den Personalkosten und den Gesamtkosten des Projekts (insbesondere angesichts der für die Teilnehmer vorgesehenen Kostendeckung)? (bis zu 10 Punkte)

Um für eine Förderung in Betracht zu kommen, muss das Projekt mindestens 50 % der verfügbaren Punkte für die Kriterien 1, 2 und 4 erhalten und mit mindestens 60 von 100 Punkten bewertet worden sein.

Während des Bewertungsverfahrens kann die Kommission um zusätzliche Unterlagen/Erläuterungen und um notwendige fachliche und finanzielle Anpassungen bitten. Nach Abschluss des Bewertungsverfahrens und nach dem Beschluss der Kommission über die Vergabe setzt die Kommission jeden Antragsteller vom endgültigen Beschluss in Kenntnis und informiert ihn über das weitere Vorgehen und die Schritte für die Ausarbeitung der Finanzhilfvereinbarungen.

7. Finanzbestimmungen<sup>22</sup>

- 7.1 Die Begünstigten müssen die Projekte im Einklang mit der Haushaltsordnung (insbesondere Teil 1 Titel VI) und den Anwendungsbestimmungen zur Haushaltsordnung von 2012 in der geänderten Fassung<sup>23</sup> durchführen.
- 7.2 Die im Rahmen des Programms gewährten Finanzhilfen dürfen nicht die gesamten Kosten der Maßnahme abdecken. Der EU-Beitrag ist auf maximal 80 % und in hinreichend begründeten Ausnahmefällen auf maximal 90 % der förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme beschränkt und richtet sich an: europäische, nationale oder subnationale Einrichtungen, die speziell für die Schulung einzelstaatlicher Richter gegründet wurden; europäische, nationale oder subnationale Verbände von auf Wettbewerbsrecht spezialisierten Richtern; Antragsteller aus EU-Mitgliedstaaten, die finanzielle Unterstützung erhalten oder unter Finanzaufsicht stehen (Griechenland, Irland, Portugal, Rumänien, Spanien und Zypern).

---

<sup>22</sup> Weitere Bestimmungen finden Sie im Entwurf für die Finanzhilfvereinbarung, der auf unserer Website abgerufen werden kann: [http://ec.europa.eu/competition/calls/proposals\\_open.html](http://ec.europa.eu/competition/calls/proposals_open.html).

<sup>23</sup> Siehe Fußnote 16.

Folglich müssen mindestens 20 % und in besonderen Fällen 10 % der förderfähigen Gesamtkosten von dem Antragsteller, den Partnern oder anderen Geldgebern aufgebracht werden.

- 7.3 Kumulierungsverbot: Die Kofinanzierung eines Projekts im Rahmen dieses Programms kann nicht mit sonstigen Kofinanzierungen aus anderen Programmen zulasten des Haushalts der Europäischen Union verknüpft werden.
- 7.4 Das Projekt darf nicht vor Einreichung des Antrags auf Finanzhilfe abgeschlossen oder begonnen worden sein.
- 7.5 Sachleistungen können im Finanzplan für das Projekt nicht als Ausgaben veranschlagt werden. Sie werden nicht als Kofinanzierung anerkannt, es sei denn, sie fallen unter Erwägungsgrund 7 der Verordnung (EU) Nr. 1382/2013<sup>24</sup>.
- 7.6 Die Bestimmungen für förderfähige Kosten sind den allgemeinen Bedingungen der Finanzhilfevereinbarung zu entnehmen, die dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Entwurf beigelegt ist.
- 7.7 Bei Tätigkeiten, die von öffentlichen wie auch von privaten Einrichtungen und Stellen ausgeübt werden können, ist die von öffentlichen Einrichtungen und Stellen entrichtete nicht abzugsfähige Mehrwertsteuer förderfähig, sofern sie für die Durchführung von Tätigkeiten – wie zum Beispiel Schulungs- oder Sensibilisierungsmaßnahmen – angefallen ist, die nicht als Ausübung hoheitlicher Befugnisse betrachtet werden können.
- 7.8 Der Antragsteller muss einen vorläufigen ausgeglichenen Finanzplan in Euro vorlegen, aus dem die Kofinanzierungsquellen hervorgehen, die nicht aus dem EU-Haushalt stammen.
- 7.9 Die **Kosten für Unterkunft und Mahlzeiten/Erfrischungen müssen auf der Grundlage von Einheitskosten erstattet werden**, deren Beträge auf der Grundlage der Sätze für Unterkunft und Tagegeld bei Dienstreisen von Bediensteten der Europäischen Kommission festgelegt werden.<sup>25</sup> Bei halbtägigen Veranstaltungen werden 50 % des Tagessatzes gewährt.
- 7.10 Begünstigter (oder Mitbegünstigter, falls es mehrere Begünstigte gibt) ist der Projektleiter, an den die Finanzhilfe ausgezahlt wird. Nur die dem Begünstigten entstandenen Kosten sind förderfähig. Die Dienstleistungen/Waren müssen von dem Begünstigten bestellt und die Rechnungen auf seinen Namen ausgestellt werden. Werden Dienstleistungen/Waren von anderen Partnern bestellt und bezahlt, so gelten sie als Sachleistungen und gehören daher nicht zu den förderfähigen Kosten.
- 7.11 Die Projekte dürfen nicht zum Ziel oder zur Folge haben, dass ein Gewinn erzielt wird. Unter Gewinn ist der Betrag zu verstehen, um den die effektiven Gesamteinnahmen aus dem Projekt dessen tatsächliche Gesamtkosten übersteigen. Jeder festgestellte Gewinn hat eine entsprechende Kürzung des endgültigen Betrags der Finanzhilfe zur Folge.

---

<sup>24</sup> „Die Union sollte Aus- und Fortbildungstätigkeiten in Bezug auf die Umsetzung des Unionsrechts dadurch erleichtern, dass die den Behörden der Mitgliedstaaten durch die Dienstbezüge der teilnehmenden Angehörigen der Rechtsberufe und der Rechtspflege entstehenden Kosten als förderfähige Kosten oder als Kofinanzierungen in Form von Sachleistungen im Sinne der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (1) (im Folgenden „Haushaltsordnung“) betrachtet werden.“

<sup>25</sup> Mit dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlichte Informationen.

- 7.12 Die Kommission kann eine Finanzhilfe gewähren, die niedriger als der beantragte Betrag ist. Gewährt die Kommission dem Antragsteller eine geringere als die beantragte Finanzhilfe, so bleibt es diesem überlassen, sich um die notwendigen zusätzlichen Finanzmittel zu bemühen oder die Gesamtkosten des Projekts zu senken, um die Durchführung des Projekts zu gewährleisten, ohne dass jedoch Abstriche bei den Projektzielen oder -inhalten gemacht werden. Die Finanzhilfe kann aber auch nur für einen Teil der vorgeschlagenen Maßnahme gewährt werden. Eine Mehrfachfinanzierung desselben Projekts durch die Kommission ist ausgeschlossen.
- 7.13 Die Finanzhilfe der Kommission steht in einem bestimmten Verhältnis zu den veranschlagten Gesamtkosten des Projekts und wird anteilig gekürzt, wenn die tatsächlichen Gesamtkosten niedriger ausfallen als veranschlagt.
- 7.14 Über die gewährte Finanzhilfe wird eine schriftliche Vereinbarung geschlossen, in der die Modalitäten für die Erstattung eines bestimmten Anteils der tatsächlich angefallenen förderfähigen Kosten festgelegt sind. In der Regel wird die Entscheidung über die Unterzeichnung einer Finanzhilfevereinbarung für eine Maßnahme mit einem oder mehreren Begünstigten auf Einzelfallbasis getroffen. Dabei handelt es sich um eine Standardvereinbarung, deren Bedingungen nicht geändert werden dürfen und nicht verhandelbar sind.
- 7.15 Zahlungsmodalitäten: Die Finanzhilfe der Kommission wird grundsätzlich in zwei Tranchen ausgezahlt: eine auf Antrag des Begünstigten bei Unterzeichnung der Finanzhilfevereinbarung gewährte Vorfinanzierung (bis zu **50 %** des gesamten Finanzhilfebetrags) und der Restbetrag, nachdem die Kommission den Abschlussbericht und die endgültige Kostenaufstellung für das Projekt erhalten und genehmigt hat.

## 8. Einreichung des Antrags

- 8.1 Der Antrag ist per Standardantragsformular zusammen mit den in dessen Teil F aufgeführten Anlagen einzureichen.
- 8.2 Der Antrag ist von der Person zu unterzeichnen, die befugt ist, für den Antragsteller rechtlich bindende Verpflichtungen einzugehen.
- 8.3 Die Formulare können über folgende Website heruntergeladen werden:  
[http://ec.europa.eu/competition/calls/proposals\\_open.html](http://ec.europa.eu/competition/calls/proposals_open.html)

Helpdesk: Fragen zu dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen können per E-Mail an folgende Adresse gerichtet werden: COMP- TRAINING-JUDGES@ec.europa.eu.

- 8.4 Die vollständigen, unterzeichneten und datierten Antragsunterlagen (**einschließlich aller in der Anlage „Check list for applicants“ genannten Unterlagen**) sind in zweifacher Ausfertigung (ein unterzeichnetes Original und eine Fassung in elektronischer Form) **bis spätestens 16. April 2018 per Post** oder **Kurierdienst** (es gilt das Datum des Poststempels oder die Empfangsbestätigung des Kurierdienstes) an folgende Anschriften zu übermitteln:

Im Falle der Zustellung per Post:

Europäische Kommission  
Generaldirektion Wettbewerb – Referat A.4  
**HT.5115 - TRAINING OF JUDGES CFP**

MADO 20/043  
1049 Brüssel  
BELGIEN

Bei persönlicher Abgabe oder im Falle der Zustellung per Kurierdienst:

Europäische Kommission  
Generaldirektion Wettbewerb – Referat A.4  
**HT.5115 - TRAINING OF JUDGES CFP**  
Avenue du Bourget/Bourgetlaan 1  
1140 Evere  
BELGIEN

Vergewissern Sie sich bitte, dass „**CALL FOR PROPOSALS – NOT TO BE OPENED BY THE REGISTRY**“ deutlich sichtbar auf dem Umschlag vermerkt ist.

8.5 Der Antrag ist auf dem Antragsformular in einer der Amtssprachen der Europäischen Union, vorzugsweise auf Englisch, einzureichen. Wird der Antrag in einer anderen Sprache als Englisch eingereicht, so muss eine englische Zusammenfassung beigelegt werden.

8.6 Nach Prüfung der Anträge werden die Antragsteller so bald wie möglich über die Ergebnisse unterrichtet. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass das gesamte Verfahren für die Vergabe der Finanzhilfen **bis zu 9 Monate** ab dem Stichtag für die Einreichung von Vorschlägen in Anspruch nehmen kann.

## 9. Auftaktsitzung

Im Finanzplan für das Projekt müssen die Kosten für eine Reise nach Brüssel und zurück sowie erforderlichenfalls eine Übernachtung für einen oder zwei Vertreter der koordinierenden Einrichtung (der Projektkoordinator und im Idealfall auch der Finanzkoordinator, falls es sich nicht um dieselbe Person handelt) enthalten sein, damit die erfolgreichen Antragsteller an der eintägigen Auftaktsitzung teilnehmen können, in der es um das Projektmanagement, administrative Fragen und die Berichtspflichten geht.

## 10. Durchführungszeitraum und sonstige Aspekte

10.1 Die Projektlaufzeit darf höchstens 24 Monate betragen.

10.2 Die Finanzhilfevereinbarung wird erst rechtswirksam, wenn die Kommission sie gegengezeichnet hat.

10.3 Nach Abschluss des Projekts muss der Begünstigte der Kommission innerhalb einer in der Finanzhilfevereinbarung festzulegenden Frist unter der oben angegebenen Anschrift einen **Abschlussbericht** übermitteln, der aus einem **Projektbericht und einem Finanzbericht** sowie einem **Antrag auf Zahlung des Restbetrags** besteht. Im Abschlussbericht ist auf etwaige Schwierigkeiten, die Projektevaluierung durch die Teilnehmer (z. B. durch Feedback-Formulare), die erzielten Ergebnisse, deren Verbreitung und die Schlussfolgerungen einzugehen.



- 10.4 Die Kommission kann den Begünstigten auffordern, ihr die Projektergebnisse in einer zur weiteren Verbreitung geeigneten Form (z. B. als Handbuch, Veröffentlichung, Software oder Website) unter Verzicht auf Urheberrechte zur Verfügung zu stellen.

## 11. Veröffentlichung

### 11.1 *Durch die Europäische Kommission:*

Alle im Laufe eines Haushaltsjahres gewährten Finanzhilfen müssen im ersten Halbjahr nach Abschluss des Haushaltsjahres, zu dessen Lasten sie gewährt wurden, auf der Website der Organe der Europäischen Union veröffentlicht werden. Die entsprechenden Informationen können ferner auf jede andere geeignete Art und Weise veröffentlicht werden, so auch im *Amtsblatt der Europäischen Union*. Die Kommission veröffentlicht folgende Angaben:

- Name und Anschrift des Begünstigten,
- Gegenstand der Finanzhilfe und Gesamtpunktzahl,
- bewilligter Betrag.

Auf hinreichend begründeten Antrag des Begünstigten<sup>26</sup> zum Zeitpunkt der Antragstellung kann auf die Veröffentlichung verzichtet werden, wenn durch eine Offenlegung der Informationen die durch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union geschützten Rechte und Freiheiten des Einzelnen verletzt oder die geschäftlichen Interessen der Begünstigten beeinträchtigt würden.

### 11.2 *Durch die Begünstigten:*

Die Begünstigten müssen in allen Veröffentlichungen oder im Zusammenhang mit den Maßnahmen, für die die Finanzhilfe verwendet wird, deutlich auf die Unterstützung durch die Europäische Union hinweisen. So müssen die Begünstigten in allen Veröffentlichungen, Aushängen, Programmen und anderen Produkten im Rahmen des kofinanzierten Projekts den Namen und das Emblem der Europäischen Kommission deutlich sichtbar anbringen.

Hierbei müssen sie den vorgegebenen Text, das Emblem und den Haftungsausschluss verwenden, die unter [http://europa.eu/about-eu/basic-information/symbols/flag/index\\_de.htm](http://europa.eu/about-eu/basic-information/symbols/flag/index_de.htm) abgerufen werden können.

Wird diese Vorgabe nicht umfassend erfüllt, so kann die Finanzhilfe im Einklang mit den Bestimmungen der Finanzhilfevereinbarung oder des Bewilligungsbeschlusses gekürzt werden. Der Begünstigte muss ferner allen Projektteilnehmern ein Evaluierungsformular übermitteln und die Ergebnisse dieser Evaluierung an die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission weiterleiten.

## 12. Datenschutz

Alle in den Anträgen enthaltenen persönlichen Daten werden von der Kommission gemäß der Verordnung Nr. 45/2001 und dem in den einschlägigen Mitteilungen an den Datenschutzbeauftragten der Kommission dargelegten Verfahren verarbeitet. Alle Betroffenen,

---

<sup>26</sup> Artikel 35 und Artikel 128 Absatz 3 der Haushaltsordnung sowie Artikel 21 und Artikel 191 der Anwendungsbestimmungen.

deren Daten im Rahmen der Bewertung des Vorschlags und im Rahmen von Aufsetzung, Durchführung und Follow-up der Finanzhilfvereinbarung verarbeitet werden sollen, sind durch eine Datenschutzerklärung zu informieren.

Die Antragsteller werden gebeten, die Seite mit den [rechtlichen Hinweisen](http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/support/legal_notices.html) ([http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/support/legal\\_notices.html](http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/support/legal_notices.html)) regelmäßig zu konsultieren, um sich über Aktualisierungen zu informieren, die bis zum Stichtag für die Einreichung ihrer Vorschläge möglicherweise vorgenommen werden.